

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

Die Zentrale Informationsgruppe (ZIG) lieferte statistische Angaben zur Republikflucht der Jahre 1959 und 1960. Darüber hinaus fasste sie die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtbewegung zusammen.

Viele Menschen sahen in den 50er Jahren auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der DDR keine Perspektiven. Hunderttausende flohen in den Westen. Die Novellierung des Passgesetzes im Dezember 1957, wodurch die Republikflucht mit Haftstrafen bis zu drei Jahren geahndet wurde, führte zunächst zu einem Rückgang der Flüchtlingszahlen. Die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 bewirkte jedoch wiederum eine Trendwende.

Die Bekämpfung der Republikflucht erhielt daraufhin hohe Priorität in der Arbeit des MfS. Im Mai 1960 ordnete Stasi-Chef Erich Mielke "die politisch-operative Arbeit aller Abteilungen" diesem Ziel unter. Auch das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) wurde auf die Fluchtbekämpfung fokussiert. Der vorliegende Bericht der Zentralen Informationsgruppe (ZIG) liefert einen statistischen Überblick über die Republikfluchten der Jahre 1959 und 1960. Darüber hinaus werden darin ausführlich eingeleitete Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtbewegung zusammengefasst.

---

**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 109/65, Bd. 2, Bl. 67-111

---

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale  
Informationsgruppe

Datum: 28.10.1960



## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
000067

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

60

**Streng geheim!**  
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 28. 10. 1960

Gefertigt: ..... Exempl.

45 Blatt

Nr. 724 60

4. Exemplar

**BERICHT**

über

die Entwicklung der Republikflucht 1960 und über Maßnahmen  
und Ergebnisse ihrer Bekämpfung.

-----

**1. Statistische Übersicht**

Nach Meldungen der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) haben im Zeitraum von Januar bis September 1960 insgesamt 132.425 Personen illegal die DDR verlassen.

Gegenüber diesem Zeitraum 1959, mit insgesamt 91.502 republikflüchtigen Personen, bedeutet das eine Steigerung um 40.923 Personen oder 44,6 %.

Die Entwicklung in den einzelnen Monaten und eine Gegenüberstellung mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sowie den für 1960 veröffentlichten "Westzahlen" ergibt folgende Übersicht:

- 2 -

V 0257 759 3.0

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 2 -

BStU  
000068  
*6+*

	1959	1960	"Westzahlen" 1960
Januar	11.602	9.337	9.905
Februar	7.400	7.565	9.803
März	7.997	11.264	13.442
April	12.974	15.533	17.183
Mai	10.022	18.482	20.285
Juni	9.763	16.097	17.700
Juli	8.177	13.678	16.543
August	10.632	18.864	21.465
September	12.935	21.605+	20.698
	91.502	132.425	147.024
<hr/>			
+(vorläufige Zahl; seit Oktober 1958 erstmalig wieder über 20.000 Republikflüchtige)			
<p>Besonders beachtlich ist dabei die seit März 1960 ansteigende Zahl der Republikfluchten aus den Kreisen der zur Intelligenz zählen- den Berufsgruppen, des Mittelstandes, der Bauern und Gärtner, aber auch der Arbeiter und Angestellten der Industrie.</p>			
<p>Bei diesen Berufsgruppen ergibt eine Gegenüberstellung mit dem Zeitraum Januar - September 1959 folgende Entwicklung:</p>			
	Jan. - Sept. 1959	Jan. - Sept. 1960	Steigerung Personen %
Ärzte	623	744+	121 19,4
Lehrer	781	1.270+	489 62,6
Wissenschaftler, Ingen. u. Techn.	941	1.495+	554 58,9
Handwerker und Besitzer v. Privat- betrieben	1.211	2.162+	951 79,4
Gewerbetreibend.	1.165	1.479+	314 26,9
Genossensch. u. Einzelbauern	1.404	5.323+	3.919 279,1
Arbeiter u. Angest. der Industrie	39.622 ++	45.786++	6.164 15,6 %
(In diesen Angaben ist der September nur mit vorläufigen Zahlen enthaltet.			
++ Die Angaben beziehen sich nur auf den Zeitraum Jan.-Aug., da die entsprechenden Zahlen für September 1960 noch nicht vorliegen.			

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
000069

62

- 3 -

Nachdem beginnend im Mai 1960 die Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht verstärkt wurden, konnten durch die Sicherheitsorgane bereits erhebliche Erfolge erzielt werden.

Nach einer bisherigen Übersicht wurden im Zeitraum vom 24.5.60 - 14.10.60 insgesamt 17.339 republikfluchtverdächtige Personen auf dem Wege nach Westberlin gestellt und ihre Flucht zunächst verhindert.

An diesem Ergebnis waren die einzelnen Organe wie folgt beteiligt:

VP	3.341 Personen
Trapo	9.302 "
DGP	2.256 "
AZKW	2.340 "

Im gleichen Zeitraum konnten außerdem - auch auf Grund von Hinweisen der Organe des MfS - durch die VP insgesamt 2.859 Personen zurückgehalten werden, die bereits Fluchtvorbereitungen getroffen hatten.

Die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum wegen Republikfluchtverdacht gestellten Personen erhält sich damit auf 20.193, dürfte aber noch weitaus höher liegen, da die ortslichen Dienststellen der Sicherheitsorgane in vielen Fällen keine Übersicht darüber führen.

2. Vom MfS und den anderen Sicherheitsorganen eingeleitete Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht und deren Erfolge.

Zur wirksamen Bekämpfung und Eindämmung der Republikflucht wurden vom MfS und in Zusammenarbeit mit den übrigen Sicherheitsorganen wie VP, Trapo, DGP und AZKW auch von diesen eine Reihe Maßnahmen eingeleitet, deren Erfolge sich auch in der Verhinderung einer beträchtlichen Anzahl von Republikfluchten, wie bereits vorstehend aufgeführt, zeigen.

Im einzelnen wurden vom MfS selbst, neben der umfassenden politischen Orientierung aller Mitarbeiter auf dieses Problem, leitende Mitarbeiter als ständige Verantwortliche für die Ergriffung der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung und Verhinderung der Republikflucht eingesetzt und in einer grundsätzlichen Anweisung (1/60) konkrete Hinweise und Anleitung für die sich

- 4 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 4 -

BStU  
000070 63

daraus ergebenden operativen und organisatorischen Aufgaben gegeben.

Selche Maßnahmen sind z.B. das Einbeziehen breiter fortschrittlicher Bevölkerungskreise, die durch ihre berufliche Tätigkeit (Taxichauffeure, Fahrkartenspekulanten, Briefträger u.a. Berufe) in der Lage sind, zur Aufklärung und Verhinderung von Republikfluchten beizutragen.

So wurde z.B. im Bezirk Frankfurt/Oder durch die Gewinnung eines fortschrittlichen Pfarrers für die Durchführung von Aussprachen mit Republikfluchtverdächtigen erreicht, daß 12 Personen seiner Gemeinde ihre Absicht aufgaben, illegal die DDR zu verlassen, um nur ein Beispiel von vielen anzuführen.

Die aus den genannten Personenkreisen erhaltenen Hinweise werden sofort operativ bearbeitet und zur Verhinderung der Republikflucht ausgenutzt.

So werden z.B. solche Personen überprüft, die bei den verschiedenen Geldinstituten größere Geldabhebungen vornehmen, Wohnungseinrichtungen, Fahrzeuge u.a. Wertgegenstände verkaufen bzw. durch ähnliche Erscheinungen verdächtig wirken.

Durch die darauf folgenden Aussprachen konnten z.B. im Bezirk Magdeburg in der Zeit vom 30.4. - 7.6.60 insgesamt 128 Republikfluchten durch das MfS verhindert werden.

Gleichzeitig gelang es der Bezirksverwaltung des MfS Magdeburg im Verlaufe dieser Ermittlungsarbeiten einen Agenten des Bundesnachrichtendienstes zu inhaftieren, der den speziellen Auftrag hatte, aus dem Bezirk Magdeburg republikflüchtig gewordene Personen aufzuklären und Ermittlungen zu führen.

Zur Einleitung weiterer wirksamer Abwehrmaßnahmen wurden und werden analytische Übersichten über die verschiedenen Objekte geschaffen, insbesondere über solche, die sich in der Vergangenheit als Schwerpunkte der Republikflucht und Abwerbung erwiesen bzw. die sich zu solchen entwickeln könnten.

Dabei wurden insbesondere solche Fakten beachtet wie der politisch-ideologische Zustand, die verschiedenartigen Verbindungen nach Westdeutschland (Betriebe, Konzerne, Gesellschaften, Tagungen, verwandschaftliche Beziehungen, Verbindungen zu republikflüchtigen Personen usw.), welche Mängel und Schwächen oder andere Anlässe zur Republikflucht gibt es u.a.

- 5 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 5 -

BStU  
000071

64

Es werden auch die Personen beachtet, mit denen es Auseinandersetzungen in parteimäßiger, disziplinarischer und arbeitsmäßiger Hinsicht gab und gibt, bzw. alle anderen Gründe, die Anlaß zu einer evtl. Republikflucht sein könnten.

Außerdem wurden zentrale Maßnahmen ergriffen, um die DDR-Teilnehmer an wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen in Westdeutschland und Westberlin gegenüber Abwerbern besser abzusichern.

Gleichzeitig wurden die Anstrengungen verstärkt, die Tätigkeit, die konkreten Maßnahmen und Methoden der Geheimdienste und Agentenzentralen und anderer Einrichtungen (Flüchtlingslager, Konzerne usw.) in Westdeutschland und Westberlin, besonders hinsichtlich der Organisierung der Republikflucht und Abwerbung, aufzuklären und weitgehendst auszuschalten.

In diesem Zusammenhang werden Materialien beschafft und entsprechend publiziert, um der Bevölkerung das Flüchtlingselend, die Perspektivlosigkeit in Westdeutschland und die verbrecherische Ausnutzung der Republikflüchtigen überzeugend nachzuweisen.

Zum gleichen Zweck werden auch solche republikflüchtige Personen für die Rückkehr in die DDR gewonnen, die für ein öffentliches Auftreten in Versammlungen, Foren usw. geeignet sind.

Als weitere wesentliche Form der Bekämpfung der Republikfluchten wurden Maßnahmen zur Koordinierung mit den anderen Sicherheitsorganen der DDR eingeleitet, angefangen auf zentraler Ebene, bis hinunter zu den Kreisen, und in gemeinsamer Arbeit konkrete Maßnahmen der einzelnen Organe festgelegt, Erfahrungsaustausch organisiert und auch eine Vielzahl von operativen Hinweisen an diese Organe gegeben.

So wurde u.a. dafür gesorgt, daß alle mit Republikfluchten im Zusammenhang stehenden Überprüfungs- und Auskunftsersuchen schnellstens durch die entsprechenden Stellen des MfS, der VP u.a. Organe erledigt werden.

Ebenso wird von Fall zu Fall entschieden, welche Organe die Rücksprachen mit Republikfluchtverdächtigen führen und ähnliche Festlegungen.

- 6 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 6 -

BStU  
000072

65

Bei den speziellen Maßnahmen der VP handelt es sich hauptsächlich um eine bessere Durchführung der Kontrolltätigkeit, der Fahndung und der Beschaffung von Informationen.

So wurden z.B. verstärkt von VK und Mot.-Kom. die Fernverkehrsstraßen und Zufahrtsstraßen in Richtung Berlin kontrolliert, Einzelfahrten und Gesellschaftsfahrten nach Berlin bzw. in die Randgebiete Berlins (Potsdam/Werder) aufgeklärt und zu diesem Zweck für Verkehrsgesellschaften, Reisebüros, Fuhrunternehmer, Taxigenossenschaften usw. ein Melde-System durch die Abteilung E geschaffen. Allen größeren Verkaufsangeboten und Verkäufen wird nachgegangen. Durch die Abteilung PM werden alle abgelehnten Anträge auf Westreisen an die K gemeldet, ebenso Genehmigungen für Angehörige aus Kreisen der Intelligenz.

Der Verwandten- und Bekanntenkreis flüchtig gewordener Personen wird unter operative Kontrolle genommen, um ein Nachziehen dieser Personen zu verhindern.

Zur Aufdeckung von Republikfluchten werden das gesamte Netz der freiwilligen Helfer der ABV, der Abteilung K und alle sonstigen Informationsquellen eingeschaltet, wobei sich besonders auch die Arbeit und Initiative der ABV verbessert hat.

Gute Ergebnisse durch eine enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei wurden nicht nur bei der Verhinderung von Republikfluchten auf Grund gegenseitigen Austausches von Hinweisen, sondern auch bei der Ermittlung und Festnahme von Abwerbern erzielt.

So konnten u.a. in den Kreisen Schwerin und Hagenow der Inhaber eines Fahrradaufbewahrungsbündes und ein privater Taxifahrer festgenommen werden, die besonders unter Bauern Abwerbung betrieben. Die Hausdurchsuchungen erbrachten als Beweismittel u.a. eine Generalstabskarte mit Einzeichnungen aller Kontrollpunkte der DGP vom Ring um Berlin und Aufstellungen über bestimmte Anfahrtswege und Verkehrsverbindungen bis zum Lager Marienfelde.

Die feindliche Handlungsweise der Inhaftierten, von denen einer engste Verbindungen zu westlichen Kirchenkreisen hatte, erstreckte sich von der ideologischen Beeinflussung bis zur aktiven Fluchthilfe.

-7-

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 7 -

BStU  
000073

66

Von der Transportpolizei wurde der Einsatz der ZRK verstärkt und die Kontrolle noch gründlicher durchgeführt, besonders an Wochenenden und Feiertagen.

Größerer Wert als bisher wird auf die Kontrolle des Reisegepäcks einschließlich der Packwagen gelegt und neben dem üblichen Fahndungsbuch wurde ein Kontrollbuch eingeführt, in dem alle Personen, die im Verdacht der Republikflucht stehen, aufgeführt sind.

Außerdem kommen für die Kontrolle in den Reisezügen nach Berlin zusätzlich Kräfte und zum Teil auch Mitarbeiter des MfS zum Einsatz, die durch operative Maßnahmen und durch Zusammenwirken mit der Trappe alle verdächtigen Personen überprüfen und eine evtl. Republikflucht verhindern.

Im Bezirk Schwerin z.B. war es durch diese Zusammenarbeit zwischen Trappe und MfS möglich, innerhalb kurzer Zeit in den D-Zügen nach Berlin 196 Personen, die flüchtig werden wollten, festzustellen und zurückzuführen.

Das AZKW hat seine Kontrolltätigkeit ebenfalls verbessert und besonders durch die Besetzung der Fehlstellen mit Schülern der AZKW-Schule Johann-Georgenstadt auch größere Erfolge im Zurückhalten verdächtiger Personen erzielt, bei denen spätere Überprüfungen durch die VP die Absicht der Republikflucht bestätigten.

Neben der allgemeinen Verbesserung der Kontrolltätigkeit, wurden vom AZKW alle Hinweise auf Verdacht der Republikflucht an das MfS gegeben, Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Überwachungsdienst der Deutschen Post eingeleitet, größere Geldsendungen nach Berlin, Paketsendungen nach Westberlin oder Westdeutschland zu prüfen und – wenn sich Verdachtsmomente ergeben – zu unterbinden. Die Absender werden dann durch die VP aufgeklärt.

Außerdem ist vorgesehen, daß vom AZKW der regelmäßige Omnibuslinienverkehr nach Berlin oder in die Randgebiete, die Abfahrtsplätze und Zeiten beachtet und ebenfalls die Fahrgäste und das Gepäck überprüft werden. Das gleiche trifft für Gelegenheitsfahrten und Flugverbindungen zu.

- 8 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 8 -

BStU  
000074 67

Als wichtigste Maßnahme der DGP erfolgt eine sorgfältige Überprüfung des Sicherungssystems an der Staatsgrenze West und am Ring um Berlin und die schnelle Beseitigung aller damit zusammenhängenden Mängel einschließlich ideologischer und disziplinarischer Schwächen im Personalbestand der DGP selbst, um die noch immer beträchtliche Zahl von Grenzdurchbrüchen, meist von Personen und teilweise ganzer Familien aus der Landwirtschaft mit Vieh, Fahrzeugen u.a. Wertgegenständen, einzuschränken.

Im verstärkten Maße werden Grenzpolizeihelfer-Dörfer geschaffen und die Schulung der freiwilligen Helfer verbessert. Grenzpolizeihelfer u.a. Personen, die brauchbare Hinweise zur Verhinderung von Republikflügen geben, werden prämiert.

Außer diesen allgemeingültigen Maßnahmen werden je nach Möglichkeiten und örtlichen Erfordernissen spezielle Aufgaben gelöst.

Im Bezirk Potsdam beispielsweise werden durch fortschrittliche Bürger, durch Zivilkräfte des AZKW und anderer Sicherheitsorgane die mit Kfz ankommenen Personen aus anderen Bezirken an den Grenzbahnhofsplätzen und anderen bekannten Abstellplätzen beobachtet. Läßt ihr Verhalten (z.B. Mitführen von Gepäck, getrenntes Lösen von Fahrkarten, Benutzung verschiedener Abteile u.ä.) darauf schließen, daß sie republikflüchtig werden wollen, wird eine Weiterfahrt untersagt, der BPA eingezogen, PM 12 ausgestellt und die Rückführung in die Heimatorte veranlaßt.

### 3. Mängel in der Bekämpfung der Republikflucht

Trotz der angeführten positiven Auswirkungen, die durch diese Maßnahmen der Sicherheitsorgane zur Einschränkung der Republikflucht erreicht wurden, gibt es aber noch erhebliche Mängel und Schwächen der Bekämpfung der Republikflucht insgesamt.

So könnten bei größerer Unterstützung und intensiver Arbeit aller staatlichen Organe, der Parteien und Massenorganisationen zur Bekämpfung der Republikflucht erheblich größere Erfolge erzielt werden, als es allein den Sicherheitsorganen trotz ihrer Anstrengungen möglich ist.

- 9 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU

000075

64

- 9 -

Dagegen gibt es zahlreiche Hinweise, daß diese ganzen Fragen der Republikflügen und Abwerbungen von vielen, zum Teil verantwortlichen Funktionären des Staatsapparates, unterschätzt werden. Das zeigt sich in der allgemein verbreiteten Tendenz, die Bekämpfung der Republikflucht ausschließlich den Sicherheitsorganen zu überlassen.

In vielen Ministerien und anderen Einrichtungen des Staatsapparates werden keinerlei operative Maßnahmen eingeleitet, sondern die Republikflüchten lediglich registriert.

Eine andere Tendenz ist die des Administrativerens. So wird in den meisten Fällen zwar die Wichtigkeit der Republikfluchtbekämpfung betont und zum Teil wurden auch entsprechende "Direktiven" erlassen, aber praktische Vorstellungen, wie dies erfolgen soll, existieren nicht.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung der Republikflüchten oft den unteren Organen übertragen wird, ohne sie zu kontrollieren oder konkret anzuleiten.

Durch diese Unterschätzung steht die Republikfluchtbekämpfung praktisch nur auf dem Papier und die meisten Mitarbeiter und Funktionäre des Staatsapparates fühlen sich nicht persönlich dafür verantwortlich.

Im gleichen Maße wird der massenpolitischen Arbeit unter den verschiedenen Bevölkerungsschichten noch zu wenig Beachtung als vorbeugende Tätigkeit geschenkt und es unterlassen, gute Kontakte besonders zu den Bevölkerungskreisen herzustellen, die als Schwerpunkte bei der Republikflucht auftreten.

Aus einer Vielzahl von Beispielen ist aber auch ersichtlich, daß diese falsche Einstellung zur Republikflucht bis zur indirekten Begünstigung der Republikflucht führt, indem durch ungenügende Verbindung zur Bevölkerung, durch Administratieren, Nichteingehen auf Kritiken und Hinweise, überspitzte Maßnahmen, linkssektiererisches und herzloses Verhalten und ähnliche schädliche Erscheinungen, das Vertrauen in die Partei und in den Staatsapparat untergraben wird und besonders Angehörige der Intelligenz diese Erscheinungen als Anlaß einer Republikflucht nehmen.

- 10 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 10 -

BStU  
000076

69

Schlußfolgernd aus den bisher angeführten wichtigsten Mängeln bei der Bekämpfung der Republikflucht durch den Staatsapparat, den Parteien und Massenorganisationen ergibt sich aber auch, daß neben der Unterschätzung der Republikflucht ein Teil der Funktionäre und Mitarbeiter offensichtlich selbst nicht immer von der Richtigkeit der Politik der Partei und Regierung überzeugt ist und deshalb zu den Fragen der Republikflucht eine versöhnlichere Haltung einnimmt.

Trotzdem die Verantwortlichen und Mitarbeiter der meisten staatlichen Einrichtungen zum Teil mehrmals auf das Problem der Republikfluchten auch vom MfS hingewiesen wurden, sieht die Bekämpfung in der Praxis so aus, daß immer mehr der ihrem Aufgabenbereich zugehörigen Personen, z.B. Lehrer, Ärzte, u.a. flüchten.

Einige typische Beispiele für Mängel und Schwächen bei der Bekämpfung der Republikflucht:

Das Ministerium für Volksbildung bildete eine "Kommission zur Förderung des geistigen und kulturellen Lebens", auf die man sich in Fragen der Bekämpfung der Republikfluchten verläßt, ohne daß bisher irgendwelche Ergebnisse erzielt wurden.

Bei einer Kollegiumssitzung über Republikfluchten wurde nicht die Frage der Bekämpfung gestellt, sondern organisatorische Maßnahmen, z.B. wie man erreichen kann, daß jede Republikflucht schneller gemeldet wird.

Im Staatssekretariat für Hochschulwesen wird – wenn es sich nicht um ausgesprochene Kapazitäten handelt – ebenfalls nur registriert, ohne nach den Gründen zu forschen und wirksame Maßnahmen einzuleiten. Selbst an solchen Punkten, wo die Republikflucht konzentriert auftritt, gibt es keine offensive ideologische Auseinandersetzungen. So wird z.B. auch nicht genügend der als Begründung von den Wissenschaftlern angeführten Meinung entgegengetreten, daß es Berufungen und Wechsel an andere Universitäten schon immer gegeben habe, was ein Zurückweichen gegenüber feindlichen Ideologien bedeutet und vollkommene Unklarheit über den Charakter der beiden deutschen Staaten erkennen läßt.

- 11 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 11 -

BStU  
000077

70

Im Ministerium für Gesundheitswesen fehlt gleichfalls eine intensive operative Tätigkeit zur Verhinderung von Republikfluchten. Es wurden eine Reihe Hinweise an die unteren Organe gegeben und Kommissionen zur Rückgewinnung gebildet, aber die Hinweise werden nicht kontrolliert und die Tätigkeit der Kommissionen ist eingeschlafen.

Ahnlich ist es auch in den anderen Einrichtungen des Staatsapparates. So ist z.B. nur vom Bezirkstag Neubrandenburg ein Maßnahmenplan zur Verhinderung und Bindung der Republikflucht bekannt.

Im Bezirk Magdeburg wurde bisher noch nichts unternommen, den seit längerer Zeit bereits bestehenden Beschuß der Bezirksleitung zu verwirklichen, wonach Partei- und Staatsfunktionäre Kontakte mit dem medizinischen Personal herstellen sollen, um ihre persönlichen Sorgen und Nöte kennenzulernen.

Der Bezirk ist deshalb immer noch Schwerpunkt der Republikflucht von freipraktizierenden Ärzten.

Vom Bundesvorstand des FDGB wurde am 20.3.58 eine Direktive über die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen die Republikfluchten an alle Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB gegeben, die aber wegen mangelnder Konkretheit, fehlender Kontrolle und Anleitung in über 2 1/2 Jahren im wesentlichen wenig Wirksamkeit hatte und bei einem großen Teil der unteren Gewerkschaftsorganisationen nicht einmal bekannt ist. Im Kreis Wittenberg/Halle ist diese Direktive z.B. in allen Betrieben unbekannt.

Zahlreiche an die Organe des Staatsapparates gegebene Hinweise werden nicht beachtet. Z.B. wird das von den Mitarbeitern der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Hettstedt ständig damit begründet, daß sie andere Arbeiten zu erledigen hätten. Selbst wiederholte Rücksprachen mit dem Leiter für Inneres und dem stellv. Vorsitzenden des Rates des Kreises waren erfolglos und bezeichnend ist, daß die auf Beschuß des Büros der SED-Kreisleitung gebildete Kommission für Fragen der Republikflucht bekämpfung ihre Tätigkeit einstellte.

- 12 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 12 -

BStU  
000078

71

Khnlich ist es beim Rat des Kreises Lübben/ Cottbus, wo zwar Maßnahmepläne erarbeitet wurden, aber in den einzelnen Fachabteilungen die Ansicht vertreten wird, daß die Durchführung ausschließlich Sache der Abteilung Innere Angelegenheiten sei. Ähnliche Meinungen des Ressortgeistes bestehen in den Leitungen der örtlichen Partei- und Massenorganisationen und in den Werksleitungen.

Völlig unszureichend wird durch die staatlichen Organe, die Parteien und Massenorganisationen auch mit den Personen gearbeitet, die beabsichtigten, die DDR illegal zu verlassen, von den Sicherheitsorganen jedoch gestellt und wieder in ihre Heimatorte zurückgeschickt wurden. Die Zeitspanne von der Aussprache bei der VP bis zu den Aussprachen des Staatsapparates oder der Parteien und Massenorganisationen mit diesen Personen ist zu lang. Während dieser Zeit sind sich diese Personen selbst überlassen und versuchen, meist aus Furcht vor einer evtl. Bestrafung, erneut die DDR zu verlassen, was vielfach gelingt, selbst wenn sie nur im Besitz einer PM 12 sind.

Aber auch in der Tätigkeit der Sicherheitsorgane gibt es noch verschiedene Mängel, die zum Teil ebenfalls auf eine Unterschätzung der Republikfluchtbekämpfung zurückzuführen sind. So werden beispielsweise die staatlichen Organe, Betriebe, Parteien und Massenorganisationen von der Rückschleusung festgehaltener Republikfluchtverdächtiger zu spät durch die zuständigen Stellen der VP informiert.

Mängel zeigen sich auch bei der Rückführung von Personen, die unter dem Verdacht der Republikflucht auf dem Wege nach Berlin bzw. am Ring um Berlin festgenommen wurden. So liegen Hinweise vor, wonach vorläufig festgenommene Personen von den Kontrollorganen mit der Anweisung zurückgeschickt wurden, sich auf ihrem zuständigen VPKA zu melden. Diese Personen nutzten dieses unkontrollierte Vorgehen dazu aus, um auf anderem Wege nach Westberlin zu gelangen.

- 13 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 13 -

BStU  
000079

72

Außerdem bestehen noch beträchtliche Lücken in der Hinsicht, daß die bei der versuchten Republikflucht zurückgehaltenen Personen, denen der BPA abgenommen wurde, nicht genügend unter Kontrolle stehen.

So entscheidet beispielsweise die Abteilung FM der VP oft ohne die ABV über das Verhalten der Personen zu hören oder Ermittlungen anzustellen, wann der BPA zurückgegeben werden kann (meist nach ca. 4 – 8 Wochen) und verschiedentlich werden diese Personen nach Erhalt ihres BPA erneut flüchtig.

Ein Teil dieser Personen versucht aber auch bereits vorher ohne BPA nochmals flüchtig zu werden und aus den Grenzkreisen ist bekanntgeworden, daß solche Personen anschließend versuchen, über die Staatsgrenze West die DDR zu verlassen.

Bei den Ermittlungen über republikflüchtige Personen, die z.T. Wäsche und andere Güter mitgenommen haben, wurde festgestellt, daß die Koffer in den Gepäckabfertigungsstellen der Deutschen Reichsbahn nicht unter Kontrolle des AZKW stehen. Dadurch kann das Gepäck unkontrolliert den jeweils gewünschten Zielbahnhof erreichen, während die Personen selbst eine ohne verdächtiges Reisegepäck die Züge benutzen.

Bei einem großen Teil der festgehaltenen Personen wurde festgestellt, daß sie unmittelbar vor der Republikflucht ihre gesamten Spareinlagen abgehoben hatten. Weil aber die Zeitdifferenzen von der Auflösung eines Kontos oder einer größeren Geldabhebung bis zur Mitteilung an die Sicherheitsorgane noch zu lang sind, konnten die Personen oftmals nicht mehr zurückgehalten werden.

Ähnlich ist es beim Verkauf von Fahrzeugen. Um den Staatsorganen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Fluchtabsichten festzustellen, lassen viele Personen ihre Fahrzeuge oftmals in anderen Kreisen oder Bezirken taxieren. Diese Lücke könnte geschlossen werden, wenn alle Fahrzeuginhaber ihre Kfz nur dort taxieren lassen dürfen, wo sie polizeilich angemeldet und registriert sind.

- 14 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 14 -

BStU  
000080

73

Der Hauptmangel bei verschiedenen Sicherheitsorganen, besonders aber bei der VP und der DGP, besteht jedoch darin, daß Hinweise aus der Bevölkerung, bzw. aus ihren eigenen Organen oder von anderen Stellen mitunter ungenügend oder gar nicht beachtet werden und dadurch eine Reihe Republikfluchten ermöglicht wurden.

Bei der Untersuchung der Republikfluchten von 4 Familien mit insgesamt 14 Personen aus dem Ort [REDACTED] erklärten Offiziere des Kommandos der DGP, daß sie wußten, daß 2 der geflüchteten Personen die DDR verlassen wollten. Sie taten das mit der Äußerung ab: "Wenn die Flüchtigen nicht jetzt abgehauen wären, dann wahrscheinlich später".

Außerdem waren den Offizieren Hinweise von einer Frau bekannt, "daß in nächster Zeit 4 Familien republikflüchtig werden wollten", ohne daß sie diesen Hinweisen nachgingen.

Der Abteilung K beim VFKA Schmalkalden wurde ein Hinweis gegeben, wegen Republikfluchtgefahr den DPA einer Person einzuziehen. Diese Empfehlung wurde nicht befolgt und die Person wurde flüchtig.

Innerhalb von 3 Tagen verließen 5 Jugendliche und eine Familie mit 4 Personen aus der Gemeinde [REDACTED] die DDR. Durch operative Maßnahmen wurde vorher in Erfahrung gebracht, daß einer der geflüchteten Jugendlichen 11.600,- DM von seinem Konto abholte. Daraufhin wurde dem Leiter der Abteilung PM des VFKA Ilmenau ein Hinweis über die evtl. Republikflucht des Jugendlichen gegeben und eine Aussprache empfohlen. In dieser Aussprache erklärte der Jugendliche, daß er sich ein Auto kaufen wolle und legte als "Beweis" eine Zeitungsannonce vor.

Anstatt die Angaben zu prüfen, erklärte der Leiter der Abteilung PM, daß das MfS "nicht immer so viel Wind mit diesen Dingen machen" sollte und zog auch den DPA nicht ein.

Als dieser Jugendliche und die bereits genannten Personen dann geflüchtet waren, zufierte der Leiter der Abteilung PM, deshalb zur Rede gestellt, daß er sich "darüber keine grauen Haare wachsen lasse".

- 15 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 15 -

BStU  
000081

74

Von der Kaderabteilung des VEB IKA Suhl wurde die Tätigkeit der örtlichen VP-Dienststelle zur Verhinderung der Republikflucht kritisiert und als äußerst mangelhaft eingeschätzt, weil sie nur schleppend auf entsprechende Informationen reagiere. Wenn z.B. während der Schulungen oder nachts bzw. an Sonn- und Feiertagen Hinweise gegeben werden, sei eben nichts unternommen worden. In anderen Fällen habe man die Betriebe nicht über das Ermittlungsergebnis informiert und dadurch eine gemeinsame Bekämpfung erschwert.

4. Ursachen der Republikflucht und begünstigende Erscheinungena) Ursachen und Anlässe der Republikflucht

Die Mehrzahl der Republikfluchten ist hinsichtlich der Ursachen darauf zurückzuführen, daß das Bewußtsein dieser Personen nicht mit der Entwicklung in der DDR Schritt hält, sondern zum Teil noch in kleinbürgerlichen und auch religiösen Auffassungen verharrt.

Dieses kleinbürgerliche und religiöse Denken ruft bei diesen Personen erhebliche politisch-ideologische Schwankungen und Unklarheiten hervor, und es bedarf daher vielfach nur des Nichtverständens bestimmter politischer Probleme und Zusammenhänge oder auch anderer Faktoren, mitunter rein persönlicher Anlässe, um den Entschluß, die DDR zu verlassen, herbeizuführen.

Die starke westliche Beeinflussung durch den West-Rundfunk, das West-Fernsehen und durch häufig vorhandene persönliche Kontakte knüpft an diese rückständigen Auffassungen an und trägt dazu bei, ideologische Unklarheiten noch zu verstärken, falsche Schlüssefolgerungen zu treffen und Abwerbungsangebote gegenüber zustimmend zu reagieren. Begünstigt wird diese Situation durch die zum Teil ungenügende und nicht auf die politischen Schwerpunkte orientierte massenpolitische Arbeit der Parteien und Massenorganisationen unter der Bevölkerung, als der wichtigsten vorbeugenden Maßnahme gegen die Republikflucht.

- 16 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 16 -

BStU  
00008275

Daraus resultiert u.a. auch:

- daß der unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten nicht erkannt und von der Mehrzahl der republikflüchtigen Personen das illegale Verlassen der DDR nicht als Republikflucht und Verrat, sondern nur als Verzug innerhalb Deutschlands bis zur Wiedervereinigung betrachtet wird. Dabei spekulieren diese Personen fast ausschließlich auf eine Lösung des deutschen Problems im westlichen Sinne;
- daß das internationale und nationale Kräfteverhältnis noch nicht richtig eingeschätzt und aus den Maßnahmen der Partei und Regierung sowie aus internationalen Ereignissen falsche Schlussfolgerungen gezogen und westlichen Argumenten Gehör geschenkt wird.  
So sind bei einer bedeutenden Anzahl von Republikflüchtigen bestimmte Unklarheiten, die auf Grund politischer Ereignisse entstanden und in diesem Zusammenhang verbreitete Gerüchte des Gegners Anlaß zur Republikflucht gewesen.  
Zum Beispiel wurden aus dem Scheitern der Gipfelkonferenz, den Auseinandersetzungen um die Westberlinfrage (u.a. den gesetzlichen Maßnahmen der DDR zur Unterbindung der revanchistischen Tätigkeit) und aus der weiteren sozialistischen Umgestaltung der DDR (Landwirtschaft, Bildung des Staatsrates u.a.) Vorstellungen abgeleitet, daß die Grenzen geschlossen und der innerdeutsche Reiseverkehr durch weitere Einschränkung der PM 12 a endgültig unterbunden würde.  
Besonders stark traten diese Stimmungen bei Angehörigen der Intelligenz und in Kreisen des Mittelstandes in Erscheinung;
- daß zeitweilige ökonomische Schwierigkeiten, besonders bei Angehörigen der technischen Intelligenz und Arbeitern, Zweifel an der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe auslösen.  
Diese Stimmungen werden noch durch die Störungen im innerdeutschen Handel und damit im Zusammenhang stehender

- 17 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 17 -

BStU  
000083

76

erhöhter Leistungen in den Betrieben verstärkt, vor allem wenn sie auf Grund mangelhafter Klarheit und ungenügender Leitungsmethoden staatlicher und betrieblicher Instanzen oft auf Kosten physischer Arbeitsteigerungen erfolgen.

Wenn auch bei diesen ideologischen Ursachen der Flucht bereits auf einzelne Schwerpunkte von Berufsgruppen hingewiesen wurde, so treffen sie jedoch insgesamt gesehen auf den größten Teil aller Republikflüchtigen mehr oder weniger stark zu.

Weitere, ebenfalls allgemeine Anlässe der Republikfluchten sind oft noch Wohnungsschwierigkeiten und verschiedene persönliche Gründe wie Ehezwistigkeiten, Einheirat nach Westdeutschland, Erbschaften, Nachfolgen bereits früher geflüchteter Personen zum Zwecke der Familienzusammenführung u.a.

Außerdem flüchten aber auch eine Reihe krimineller Elemente, die damit ihrer Bestrafung zu entgehen versuchen.

Im einzelnen ergaben zahlreiche Hinweise und Untersuchungen der Republikfluchtgründe bei den als Schwerpunkte anzusehenden Berufs- und Personengruppen folgende Anlässe, Besonderheiten und gegnerische Methoden:

Ärzte und Zahnärzte:

Innerhalb großer Teile der Ärzte- und Zahnärzteschaft ist noch ein breites Misstrauen gegenüber der Politik von Partei und Regierung in der DDR vorhanden, was auch in den seit Jahren anhaltenden sehr hohen Republikfluchten im Verhältnis zur Gesamtzahl der in der DDR tätigen Ärzte und Zahnärzte zum Ausdruck kommt.

So führte die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bei zahlreichen Ärzten und Zahnärzten zu der auch heute noch vertretenen Ansicht, daß ähnliche Maßnahmen auch im Handel, Handwerk und im Gesundheitswesen durchgeführt werden. Eine derartige Einschätzung leiten sie u.a. auch aus der Tatsache ab, daß keine Genehmigungen zur Einrichtung neuer freier Arztpraxen erteilt werden. Mehrere übereinstimmende Hinweise besagen, daß sie bei ihren Urlaubsaufenthalten in sozialistischen Ländern, besonders aber in der CSSR, zu derartigen Einschätzungen gelangen

- 18 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 18 -

BStU  
000084 77

würden, da diese Länder bereits einen entsprechenden Entwicklungs-  
weg beschritten hätten.

Ein Arzt aus Erfurt erklärte z.B., daß dies eine der wesentlichsten Ursachen für die Flucht der Ärzte sei. U.a. würden die Ärzte anführen, daß in der CSSR die Entlohnung und die Renten für die medizinische Intelligenz nur gering seien, die älteren Ärzte durch den Nachwuchs verdrängt würden und dies auch in der DDR, z.B. nach Klärung der Westberlinfrage, zu erwarten sei.

Diese Ansichten wurden auch von einer größeren Anzahl von Zahnärzten aus dem Bezirk Potsdam nach ihrer Rückkehr aus der CSSR vertreten. Besonders verwahrten sie sich dagegen, daß sie in der CSSR während eines Empfanges mit "Gesundheitsarbeiter" ange-  
sprochen wurden seien.

Ihre Stellungnahme begründeten sie auch damit, die jetzige Gehaltsregelung in der DDR sei nicht zum Gesetz erhoben worden, damit sie bei einer Änderung der politischen Situation wieder rückgängig gemacht werden könne.

Weitere Gründe, die von einem großen Teil der Ärzte offen als Anlaß ihrer Flucht genannt werden, sind die sozialistische Erziehung ihrer Kinder, polytechnischer Unterricht, Ganztags-  
erziehung und Jugendweihe, die von den meisten Ärzten abgelehnt werden.

Außerdem gibt es noch immer Beispiele, wo Ärzte (und auch andere Angehörige der Intelligenz) wegen Nichtzulassung ihrer Kinder zum Studium die Republik verlassen, oder mit derartigen Ab-  
sichten drohen.

So flüchtete deshalb, um nur ein Beispiel anzuführen, der Arzt [REDACTED] vom [REDACTED]

Diese und ähnliche Beispiele beweisen, daß die Verantwortlichen in den örtlichen Organen offensichtlich nicht nach dem Politbüro-Beschluß entscheiden.

Als Anlaß zur Republikflucht dienen weiterhin noch relativ häufig anzutreffende Schwierigkeiten in der Arzneimittelver-  
sorgung und in der Belieferung mit medizinisch-technischen Geräten und Instrumenten.

So wird übereinstimmend berichtet, daß eine Verknappung der Vitamin-Präparate, die nach Operationen dringend benötigt werden, eingetreten ist. Das gleiche trifft für alle Antibiotika

- 19 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU

000085

74

- 19 -

und für "Orabet" für Diabetiker zu. Am auffälligsten ist die Liefertermaverschiebung und mangelhafte Lieferung überhaupt des VEB Jenapharm.

Die Glasqualität der Ampullen vom VEB Schott und Gen. JENA wird allgemein bemängelt. Es kommt vor, daß die Antibiotika z.B. Fremdstoffe aus dem Glas herauslösen, was zum Tode des Patienten führen kann. Es fehlt an Glazusatz BORAX.

Ärzte beschweren sich darüber, daß im vergangenen Jahr eingeführte Medikamente im diesjährigen Importplan gestrichen wurden und sie dadurch keine gleichmäßige Behandlung bei chronischen Kranken durchführen können.

Auch die Produktion von med.-techn. Instrumenten in der DDR wird bemängelt und kritisiert, daß Skalpelle und Scheren nach mehrmaliger Sterilisation rosten, daß die Reparatur von Röntgengeräten z.B. fast ein Jahr dauere und die Operationsnadeln laufend abbrechen. An der med. Akademie in Erfurt brachen bei einer einzigen Operation 6 neue Nadeln ab.

Die Qualität aller Glaserzeugnisse, wie Spritzen, Uringläser usw. sei ebenfalls schlecht.

Operationsgummihandschuhe sind derart knapp und schlecht in der Qualität, daß sich verschiedene Ärzte diese privat aus Westdeutschland schicken lassen. An der med. Akademie in Erfurt stieg der Verbrauch an Gummihandschuhen - infolge schlechter Qualität - gegenüber 1958 auf das Vierfache.

Chirurgische Hägel werden beim Einschlagen in den Knochen krumm und es fehlen Festkantbinden.

In der Dentaltechnik wird über zu weiche Zahnbührer geklagt.

Diese u.a. Mängel werden von den Ärzten und Zahnärzten ständig zu Vergleichen mit den Verhältnissen in Westdeutschland benutzt und sind zusammen mit der teilweise vorhandenen Überbelastung der Ärzte Anlaß zur Republikflucht.

So ist z.B. durch die ständigen Republikfluchten in einigen Gebieten der DDR die ärztliche Versorgung ernsthaft gefährdet, zumal ein nicht geringer Teil der noch bestehenden Praxen und Ambulatorien von sehr alten Ärzten geleitet werden, mit deren Ausscheiden außerdem in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Besonders sind dabei die nördlichen Bezirke gefährdet, aber auch in den anderen Gebieten bestehen örtlich/ verschieden bereits einige Lücken z.B. auf kinderärztlichem, augenärztlichem, hals-

- 20 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
00008679

- 20 -

nasen-ohren-ärztlichem, zahnärztlichem und anderen Spezialdisziplinen.

Dadurch entsteht für die noch vorhandenen Ärzte gleichzeitig eine erhebliche Mehrarbeit, die wiederum zum Anlaß neuer Republikfluchten führen kann und bereits führte. Es gibt z.B. Chirurgen, die an 2 Operationstischen täglich über 10 Stunden arbeiten müssen und deren Tätigkeit durch die bereits angeführten Lücken in der Medikamenten- und Instrumentenversorgung noch erschwert wird.

Durch eine Vielzahl von Artikeln und oft verlockender Annoncen in den westdeutschen Zeitungen und Fachzeitschriften, wird den Ärzten in der DDR immer wieder die Bestätigung gegeben, daß sie sofort Arbeit in Westdeutschland erhalten. Im Juni dieses Jahres brachte u.a. der westberliner Hitzesender "SFB" eine genaue Anleitung für Ärzte, wie sie in Westdeutschland schnell zu einer guten Stellung kommen könnten. In diesem Kommentar wurde unzverständlich erklärt, daß republikflüchtige Ärzte durch keines der existierenden Flüchtlingslager zu gehen brauchen und sie sich an die zuständigen Ärztekammern wenden sollen, die mit "Recht stolz darauf sein können, daß sie, wie kaum ein anderer Berufsstand, alle geflohenen Kollegen vor Not bewahren und ihnen den Start im erlernten Beruf sichern könnten."

Es wird auch davon gesprochen, daß neben der Arbeitsaufnahme als Assistenzarzt als Übergangshilfe Möglichkeiten bestehen, haupt- oder nebenamtlich bei Behörden, Landesversicherungsanstalten, bei der Polizei und der pharmazeutischen Industrie Arbeit aufzunehmen.

Auch auf die Fragen der Anerkennung abgelsisteter Prüfungen gab der Kommentar Antwort.

Weitere Maßnahmen der Abwerbung sind die Werbungen für den Sanitätsdienst in der westdeutschen NATO-Armee zu günstigsten Bedingungen (nach dreijähriger Dienstzeit Ausszahlung einer sogen. Überbrückungssumme von mindestens 10.000,- DM, die sich je nach den Dienstjahren bis zu 55.000,- DM erhöhen kann) und durch günstige Kreditbedingungen der sogen. Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank) mit Krediten bis zu 40.000,- DM West.

- 21 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 21 -

BStU  
000087

f0

Im Zusammenhang damit muß vor allem auf die in Westdeutschland neu beschlossenen Bestimmungen zur Kassenzulassungsordnung hingewiesen werden. Auf Grund einer Entscheidung des "Bundesverfassungsgerichtes" können die bisherigen Beschränkungen bei der Zulassung von Arztpraxen im Wegfall, wodurch uningeschränkte Eröffnungen von Arztpraxen möglich sind.

Vorliegende Hinweise besagen, daß die westdeutsche Ärztevereinigung "Hartmannsbund" auf der Grundlage dieser Entscheidung des "Bundesverfassungsgerichtes" mit einem verstärkten Zustrom von Ärzten aus der DDR rechnet.

Durch diese Änderung machen sich aber auch viele der in westdeutschen Krankenhäusern, Universitätskliniken usw. beschäftigten Ärzte selbstständig. Diese Institutionen versuchen diesen erheblichen Abgang durch verstärkte Abwerbung von Ärzten aus der DDR auszugleichen.

(Siehe dazu auch Rolle der Tagungen und Kongresse bei der Abwerbung im Abschnitt 5)

Lehrer und Erzieher:

Bei dieser Berufsgruppe stellen die mit der sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens zusammenhängenden ideologischen Fragen ebenfalls die Hauptursache der sehr stark angestiegenen Republikfluchten dar.

Aus einer Vielzahl von Hinweisen und Beispielen ist zu erschließen, daß bei einer großen Anzahl von Lehrern noch keine Klarheit über die Grundfragen der Politik der Partei und Regierung und der sich daraus ergebenden Maßnahmen und Perspektiven (polytechnischer Unterricht, Wissenschaftlichkeit des Unterrichts auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, Ganztagsersziehung, Schulgesetz, Schulordnung u.a.) auf dem Gebiet des Schulwesens besteht.

In vielen Fällen ist die ideologische Erziehungsarbeit mit den Lehrern mangelhaft und nicht selten ist anzutreffen, daß Funktionäre des Volksbildungswesens und die Schulleitungen administrieren statt zu überzeugen.

Diese Erscheinungen beeinträchtigen erheblich das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und staatlichen Organen.

- 22 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 22 -

BStU  
000088 91

Als schwach einzuschätzen ist gleichfalls die politisch-ideologische Erziehungsarbeit an den Einrichtungen der Lehrerbildung. Zahlreiche Absolventen dieser Institute haben Vorbehalte gegen die demokratische Schule und zeigen eine zum Teil negative Haltung.

Am Institut für Lehrerbildung in Berlin-Köpenick z.B. gibt es unter den Studenten folgende Diskussionen:

- Man solle doch dem westberliner Senat den richtigen Anteil an der S-Bahn geben. Wir würden uns ja sonst auch nicht um Kontrollratsgesetze und interalliierte Abkommen kümmern, nur bei der S-Bahn würden wir darauf bestehen.
- Nicht wir, sondern der Gegner bestimmt das Entwicklungstempo in der DDR.
- Das Niveau an den westberliner Schulen sei höher, weil die Lehrer dort fachliches Wissen übermitteln könnten und ihre Zeit nicht damit vertun müssten, mit den Schülern politische Diskussionen zu führen.

Diese mangelhafte politisch-ideologische Erziehung mit dem Lehrernachwuchs geht auch daraus hervor, daß es sich bei den flüchtigen Lehrern zu einem großen Teil um junge, aus den Einrichtungen der Lehrerbildung in der DDR kommende Lehrer handelt, die teilweise nur kurze Zeit in der Praxis tätig waren.

Untersuchungen über die soziale Herkunft der republikflüchtigen Lehrer beweisen, daß bei weitem der Anteil aus kleinbürgerlichen Kreisen überwiegt.

Charakteristisch ist außerdem, daß der größte Teil der geflüchteten Lehrer, besonders aus o.g. Kreisen, Verbindungen nach Westdeutschland – verwandtschaftlicher Art oder zu ebenfalls geflüchteten Lehrern – unterhält. Wiederholt wurde festgestellt, daß republikflüchtige Lehrer in Westdeutschland Stellungen und Wohnungen besorgen und dann ihnen persönlich bekannte Lehrer aus der DDR nachziehen. Dazu wurden u.a. auch sogen. Klassentreffen in Westberlin ausgenutzt.

Der Berufsschullehrer [REDACTED] aus [REDACTED] z.B. wurde durch

- 23 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 23 -

BStU  
000089

Az

die Beeinflussung seines [REDACTED] republikflüchtig. Bezeichnend ist dabei, daß [REDACTED], der mit seiner Klasse als einziges Klassenkollektiv im [REDACTED] mit dem Titel "Ausgezeichnetes Klassenkollektiv" und mit der Bronzemedaille ausgezeichnet wurde, nach dem Besuch des Bruders nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnahm. Derartige Erscheinungen unmittelbarer negativer Auswirkungen nach Besuchen aus Westdeutschland sind wiederholt festgestellt worden.

Von der Oberschule [REDACTED] wurden z.B. seit 1955 12 Lehrkräfte republikflüchtig. Die Untersuchungen ergaben Hinweise, daß diese Lehrer einander nachzogen.

Am 22.3.1960 verließen die Lehrkräfte, [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] gemeinsam die DDR. Es bestand zwischen diesen und den 1958/59 geflüchteten Lehrern [REDACTED] und dem [REDACTED] ein guter Kontakt.

Anfang Juni 1960 wurden die Lehrkräfte [REDACTED], [REDACTED], von der gleichen Schule flüchtig, die ebenfalls mit den Vorherigen Kontakt hatten.

Ähnliche Beispiele gibt es in Karl-Marx-Stadt, Oranienburg und an der Betriebsberufsschule des LEW Hennigsdorf.

Diese Abwerbungskampagne wird durch die verschiedenen staatlichen Bonner Stellen und feindlichen Organisationen organisiert, indem beispielsweise der Lehrermangel in Westdeutschland und die angeblich günstigen Bedingungen für eine Einstellung republikflüchtiger Lehrer in den westdeutschen Schuldienst propagiert werden.

Eine der letzten Maßnahmen auf diesem Gebiet stellt z.B. ein Artikel in der westdeutschen Lehrergewerkschaftszeitung "Die neue Schule" (Nordrhein-Westfalen) dar, wo sinngemäß erklärt wird, daß neben den als Lehrer oder Lehrerinnen tätigen flüchtigen Personen aus der DDR z.B. aus Hausfrauen bzw. Ehefrauen der Lehrer mit Abitur sofort als Unterstufenlehrer mit einem Anfangsgehalt von 800,- DM West (!) eingestellt werden.

In den letzten Monaten wurde bekannt, daß sich auch die sogen. Organisation "Freiheitliche Erzieher" in Westberlin und Westdeutschland verstärkt mit der Abwerbung von Lehrern beschäftigt.

- 24 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 24 -

BStU  
000090

J3

(Siehe dazu den Abschnitt 5, die Rolle der Geheimdienste und Agentenorganisationen bei der Abwerbung).

Angehörige der technischen Intelligenz:

Neben den bereits angeführten ideologischen Unklarheiten, die auch bei der Republikflucht von Angehörigen der technischen Intelligenz eine wesentliche Rolle spielen, gibt es bei dieser Berufsgruppe zunehmend Beispiele, wo besonders ökonomische Schwierigkeiten und damit in Verbindung stehende betriebliche und arbeitsmäßige Auseinandersetzungen zum Anlaß einer Flucht genommen wurden, oder wo deshalb Fluchtgedanken in Erwägung gezogen werden.

U.a. sind für diese Einstellung folgende sinngemäße Argumente typisch:

- der Plan sei zu hoch;
- die ökonomische Hauptaufgabe sei nicht zu erfüllen;
- die ökonomischen Maßnahmen seien unverantwortlich;
- die techn. Intelligenz würde überfordert;
- die gesellschaftliche Tätigkeit und die manuelle Hilfe für die Landwirtschaft hemme die Produktion;
- die Kündigung des Interzonenhandels werfe die Entwicklung der DDR um Jahre zurück und verschlechtere die Versorgung;
- in der DDR gebe es keine Freiheit;
- man müsse rechtzeitig seine "Konsequenzen" ziehen.

Zum Beispiel herrscht im Labor des Automobilwerkes Eisenach eine sehr gedrückte Stimmung über die Arbeitorganisation, da gegenwärtig Ausweichmaterial für die Produktion freigegeben werden muß, das auf Grund fehlender Prüfgeräte nicht im erforderlichen Maße geprüft werden kann. Ein Teil der Angehörigen der techn. Intelligenz ist der Meinung, dafür die Verantwortung nicht mehr tragen zu können.

- 25 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 25 -

BStU  
000091

84

So äußerte der stellv. Leiter des Labors u.a.:

"Ich könnte mich ürgern, daß ich von meiner Reise aus Westdeutschland zurückgekommen bin. Ich bin bereit gerne zu arbeiten, aber hier weiß ich keinen Ausweg."

Ahnlich ist die Situation bei einem Teil der leitenden Kräfte im Karosseriebau des gleichen Betriebes, die sich auf Grund der ständigen Veränderungen im Produktionsablauf mit dem Gedanken tragen, eine andere Arbeit aufzunehmen.

Im VEB Funkwerk Erfurt herrscht bei den Angehörigen der Intelligenz eine schlechte Stimmung, und es wird von ihnen erklärt, daß die Wirtschaftsfunktionäre zum größten Teil überbelastet wären, was durch den Staatsplan, dessen Forderungen sich nicht realisieren ließen, bedingt sei.

Im VEB Eisenhüttenwerk Thale erfolgten umfangreiche personelle Veränderungen für die leitenden Funktionäre und die Tatsache, daß weitere Veränderungen geplant waren, mit den Angehörigen der Intelligenz darüber jedoch keine Aussprachen geführt wurden, löste in zunehmendem Umfange Unsicherheit und Unzufriedenheit und auch bereits einige Republikfluchten aus.

So wurde nach der Leipziger Herbstmesse der Leiter des Büros des ██████████ republikflüchtig. Aus der ██████████ verließen der Mitarbeiter ██████████ illegal die DDR, nachdem er seine Weiterentwicklung beim ██████████ nicht erreichen konnte. Auch der ██████████, verließ illegal die DDR, da er sich in seiner Weiterentwicklung gehemmt fühlte. ██████████ ist durch einen gleichwertigen Kader im ██████████ bzw. im Kreismaßstab nicht zu ersetzen.

Ungeachtet dieser Vorgänge und entsprechender Hinweise unsererseits wurden weitere Umbesetzungen durchgeführt. So wurde u.a. der Leiter des Exports (englischer Sektor), ██████████ abgelöst. Als Begründung wurde ██████████ erklärt, "daß er durch die Republikflucht des ██████████ kaderpolitisch nicht mehr tragbar sei und von seiner Funktion abgelöst werden müsse". ██████████ wollte daraufhin ebenfalls die DDR verlassen, was jedoch durch das MfS verhindert werden konnte.

- 26 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 26 -

BSTU  
000092

15

Eine weitere Ursache der Unzufriedenheit im [REDACTED] bildet die Heranziehung der techn. Intelligenz zur erhöhten Produktionserfüllung durch manuelle Arbeit im Walzwerk. Dadurch hätten sie keinen freien Sonnabend und Sonntag mehr und drängen nachdrücklich auf eine Veränderung dieses Zustandes. U.a. wird von ihnen auch die Verantwortung für die zahlreichen Walzendurchbrüche abgelehnt, die durch den Einsatz nichtqualifizierter Kräfte im Walzwerk entstehen. In diesem Zusammenhang finden sie auch kein Verständnis für den Einsatz ständiger Brigaden des Walzwerkes in der Ernte.

Neben den bereits angeführten Ursachen und Anlässen hat besonders die Abwerbung durch Konzerne, Wirtschaftsunternehmen, ihrer Mittelsmänner sowie bereits früher Geflüchteter zugenommen und einen wesentlichen Anteil am Anstieg der Fluchten aus diesen Kreisen.

(Siehe auch Rolle der Konzerne bei der Abwerbung, Abschnitt 5)

In letzter Zeit konnte auch bei Ingenieuren und Technikern wiederholt festgestellt werden, daß sie von Tagungen in Westdeutschland nicht zurückkehrten.

In einigen Fällen nehmen sie auch Stellungen in Schweden, Holland, Österreich und in der Schweiz an.

Ähnlich wie bei Lehrern konnte auch bei den Angehörigen der technischen Intelligenz festgestellt werden, daß ein großer Teil relativ junger Kräfte republikflüchtig wurde. Allein aus dem Bereich des Schwermaschinenbaus flüchteten in der Zeit von Januar - Juli 1960 94 zum Teil leitende Angehörige der Intelligenz. Davon hatten 75 eine Ausbildung nach 1945 in der DDR erhalten.

Mittelstand:

Bei den Ursachen der Republikfluchten aus den Kreisen des Mittelstandes trifft besonders stark die eingangs dieses Abschnittes hervorgehobene kleinbürgerliche Ideologie und Haltung zu.

So haben z.B. die im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vom Gegner geförderten Gerüchte

- 27 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 27 -

BStU  
000893

f6

Über die Umgestaltung des Handwerks und die Enteignung der Besitzer privater Betriebe und Geschäfte erhebliche Unruhe und Unsicherheit unter diesen Kreisen hervorgerufen und zu Republikfluchten geführt.

Im Bezirk Neubrandenburg z.B. wurde festgestellt, daß Handwerker kein Material mehr einkaufen, den Ausverkauf ihrer Geschäfte vornehmen und sich – in den meisten Fällen zur Tarnung – um Einstellung in andere Betriebe bemühen.

In Berlin wurde bekannt, daß Besitzer von Privatbetrieben dazu übergehen, durch Entlassungen von Arbeitern und Angestellten ihre Betriebe zu verkleinern.

Wie zahlreiche Beispiele beweisen, sind derartige Handlungen häufig als Vorbereitung für die spätere Republikflucht anzusehen.

Trotz der klaren Stellungnahme des Gen. Walter Ulbricht zu Problemen des Mittelstandes vor der Volkskammer, ist es in einigen Bezirken noch nicht gelungen, das Gericht des Gegners über die angebliche "Liquidierung" des Handwerks zu zerschlagen.

Der republikflüchtige Bootsbauer [REDACTED] aus [REDACTED] erklärte nach seiner Teilnahme an der Bezirksdelegiertenkonferenz der [REDACTED] "Jetzt ist es mit uns Handwerkern aus. Wir können unsere Koffer packen, denn dort gab es die Linie."

Zu diesen Ansichten trägt auch die Tatsache bei, daß nur in beschränktem Maße Genehmigungen für die Neueinrichtungen privater Handwerksbetriebe erteilt werden. Auch dies wurde bereits als Anlaß zu Republikfluchten genommen.

Bei Bauern und Gärtnern ist nach wie vor die Ablehnung der genossenschaftlichen Produktion die Hauptursache der Mehrzahl der Republikfluchten. Dies konnte besonders in letzter Zeit in solchen Fällen festgestellt werden, wo entsprechend den angenommenen Statuten die Zusammenlegung der Flächen erfolgte.

Auf eine Darlegung von Beispielen und Argumenten wird hier verzichtet und auf die speziell zu diesem Problem erarbeiteten Informationen verwiesen.

- 28 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 28 -

BStU  
000094

17

b) Falsches, die Republikflucht begünstigendes Verhalten

Bereits im Abschnitt 3 wurde darauf hingewiesen, daß bei richtiger und allseitiger Bekämpfung der Republikflucht durch alle Organe des Staatsapparates und durch die Parteien und Massenorganisationen weitaus größere Erfolge zu erzielen wären.

Dies manifestiert sich darin, daß neben den teilweise angeführten Mängeln in der Bekämpfung der Republikflucht in nicht unbedeutendem Umfange von verantwortlichen Mitarbeitern dieser Institutionen Maßnahmen getroffen werden, die die Republikflucht noch begünstigen, oder der Anlaß dazu sind.

Dabei handelt es sich vielfach um durchaus vermeidbare Maßnahmen, die ihre Ursache nicht in politischen Notwendigkeiten haben, sondern die hauptsächlich auf ideologische Schwächen sektiererisches bzw. versöhnlerisches Verhalten zum Problem der Republikflucht zurückzuführen sind. Zu den wichtigsten Erscheinungen zählen dabei bürokratisches und administrative Arbeitsweise, ungenügender Kontakt zur Bevölkerung, Nichtbeachtung von Kritiken und Vorschlägen, diktatorisches und herzloses Verhalten.

Diese Erscheinungen werden besonders von Angehörigen der Intelligenz und des Mittelstandes zum Anlaß ihrer Flucht genommen.

Eine Reihe von Republikfluchten, besonders von Angehörigen der Intelligenz, die aus gleichen Gründen geplant waren, konnten durch klarendes Eingreifen der Organe des MfS verhindert werden.

Aus einer Vielzahl vorliegender Beispiele und Begründungen geht hervor, daß es sich im wesentlichen um folgende Faktoren handelt, die gleichzeitig davon zeugen, daß die von der Partei gegebenen Empfehlungen und Hinweise oftmals mißachtet oder falsch ausgelegt werden.

Schwierigkeiten bei

- der Klärung von Wohnungsangelegenheiten;
- der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für die DDR und von PM 12a zu Besuchen nach Westdeutschland;
- der Zulassung der Kinder zum Studium.

- 29 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 29 -

BStU  
000095

JP

Mangelnde Unterstützung bei

- der Beseitigung anderer persönlicher und arbeitsmäßig bedingter Schwierigkeiten;
- Klärung der Perspektive ihrer Arbeitsgebiete;

Schwächen in der Kaderpolitik

Aus der Vielzahl der vorliegenden Beispiele werden nur einige, besonders typische angeführt:

Der Leiter des Institutes für [REDACTED]

[REDACTED] bemühte sich lange Zeit um Freimachung seines Einfamilienhauses in [REDACTED]. Trotz umfangreichen Schriftverkehrs mit dem Wohnungswesen des Magistrats bestand keine Hoffnung für ihn, sein Einfamilienhaus beziehen zu können. In seiner Verärgerung hat [REDACTED] gefeuert, daß er sich anderweitig (gemeint war Westberlin) um Arbeit bemühen wird, wo er auch die Möglichkeit habe, sich ein eigenes Wohnhaus zu bauen. Diese Schwierigkeiten wurden durch Eingreifen des MfS behoben.

[REDACTED], Direktor für [REDACTED] in der Flugzeugindustrie der DDR, war persönlich verärgert, da ihm beim Kauf eines Hauses, bei der Genehmigung einer Reise nach Westdeutschland und bei der Einreise seiner in Westberlin wohnenden [REDACTED] in die DDR, Schwierigkeiten bereitet wurden.

Durch Beeinflussung über andere Wissenschaftler und durch Eingreifen des MfS konnte seine Flucht verhindert werden.

Der Assistent am [REDACTED] der Deutschen Akademie der Wissenschaften, [REDACTED] tätig im Arbeitsbereich [REDACTED] an der Universität [REDACTED] bemühte sich seit langer Zeit um ein zweites Zimmer, weil er zur Zeit auf einer Luftmatratze auf dem Fußboden schlafen muß. Seine zahlreichen Bemühungen wurden bisher ignoriert. U.a. erhielt er vom Wohnungsamt [REDACTED] die Auskunft, sich einer AWG anzuschließen. Daraufhin wandte er sich mit einem schriftlichen Hilfeersuchen an seinen Vorgesetzten, [REDACTED], in [REDACTED] und

- 30 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 30 -

BStU  
000096

89

deutete dort die Republikflucht als "letzten Ausweg" an.  
Dieser Brief wurde an den [REDACTED] der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute, [REDACTED] weitergeleitet. Obwohl die auf dem Spezialgebiet des [REDACTED] führenden Wissenschaftler ihn als den begabtesten der Nachwuchsmathematiker einschätzten und anerkennen, wurde das Schreiben letzten Endes einer Sachbearbeiterin für Wohnungsfragen an der Akademie "zur Erledigung" gegeben, die objektiv dafür gar keine Möglichkeiten hat.

Im VEB Farbenfabrik Wolfen liegen z.Zt. 17 dringende Anträge vor, wo Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz um Wohnungen nachsuchen.

So sucht z.B. der [REDACTED]

[REDACTED] seit mehreren Jahren eine Wohnung in [REDACTED] die er bisher nicht erhalten konnte.

[REDACTED] Angehöriger der Forschung, der als sehr befähigter Fachmann eingeschätzt wird, hat bereits die DDR verlassen, da er sich 3 Jahre vergeblich um eine Wohnung bemühte, jedoch nur immer vertröstet wurde.

Aus dem Werk für Fernsehelektronik Berlin-Oberschöneweide, flüchtete Anfang Oktober 1960 der [REDACTED] [REDACTED] nachdem er von einer westdeutschen Firma ein günstiges Stellenangebot verbunden mit einer 3-Zimmerwohnung erhalten hatte. [REDACTED], der bisher mit [REDACTED] in einem Zimmer zur Untermiete wohnte, nahm dieses Angebot an.

Der freipraktizierende Arzt [REDACTED] kehrte vom Besuch seiner Verwandten aus Westdeutschland nicht zurück.

In einem Brief an die Ärztliche Verrechnungsstelle gibt er an, daß er in seiner beruflichen Tätigkeit einer täglichen ungeheueren Arbeitsüberlastung ausgesetzt war und daß trotz vieler Vorsprachen beim Rat der Stadt, Abt. Gesundheitswesen, für ihn keine Erleichterung in der Arbeit herbeigeführt wurde. Weiterhin gibt er an, daß er sich wiederholt vergeblich bemüht hat, das Haus [REDACTED] für seine Praxis freizubekommen.

- 31 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU

000097

90

- 31 -

Der freipraktizierende Zahnarzt [REDACTED] aus [REDACTED] verließ wegen Verärgerung die DDR. Er besaß in [REDACTED] ein Grundstück, in dem aber ein Rentnerehepaar wohnte. Seit ca. 3 Jahren versuchte er ergebnislos seine [REDACTED] dort unterzubringen.

[REDACTED] Universitätsklinik [REDACTED] und [REDACTED], verließen die DDR, weil sie auf Grund der Wohnraumverhältnisse getrennt wohnen mußten. Er teilte brieflich mit: "Ich habe hier eine Stellung bekommen, die mit einer Wohnung verbunden ist, was mit in der DDR nicht gelingen wollte."

Dem [REDACTED], beschäftigt bei der [REDACTED], wurde mehrmals eine Wohnung versprochen. [REDACTED] beteiligte sich auch aktiv am NAW, um seinen Beitrag zur Wohnung zu leisten. Als die ihm zuletzt zugesagte Wohnung von einer anderen Familie bezogen wurde, flüchtete er mit [REDACTED]

Dem [REDACTED] aus dem Institut für Angewandte Mathematik und Mechanik, [REDACTED] wurden laufend Schwierigkeiten bereitet, seine Verwandten in Westdeutschland und Westberlin zu besuchen. Da außerdem seine wissenschaftliche Perspektive ungeklärt war, beabsichtigte er ein günstiges Arbeitsangebot in Westdeutschland anzunehmen, was durch die Einflußnahme führender Wissenschaftler und Aussprachen des MfS mit ihm verhindert werden konnte.

Die Ärztin [REDACTED], Kreiskrankenhaus [REDACTED], erklärte, daß sie aus Verärgerung über die Schwierigkeiten, die ihr immer von den Behörden bei der Beantragung eines Interzonenpasses zum Besuch ihrer [REDACTED] gemacht wurden, die DDR verlassen hat.

[REDACTED], [REDACTED], Klinik mit 25 Betten. Seine Tochter sei dauernd herabgesetzt worden, weil sie sich nicht politisch betätige, man habe ihr den Paß für eine Westreise verweigert und der Bürgermeister faßte: „Jetzt muß man den Ärzten noch Sand in die Augen streuen, in 2 Jahren gibt es auch für diese keine Sonderrechte mehr.“

- 32 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU 91  
000098

- 32 -

Der [REDACTED] aus [REDACTED] teilte nach seiner Flucht aus Westdeutschland mit, daß die Nichtzulassung seines Sohnes zum Studium sowie ständige Schwierigkeiten im innerdeutschen Reiseverkehr ihn zur Flucht veranlaßt hätten.

Der Arzt [REDACTED] vom [REDACTED] flüchtete, da seine Tochter nicht zum Studium zugelassen wurde.

Bei den im Heinrich-Hertz-Institut beschäftigten [REDACTED] und [REDACTED] wurde durch die Beseitigung von Unzufriedenheit in finanziellen Fragen und durch Klärung ihrer wissenschaftlichen Perspektive die Republikflucht verhindert.

Im Bereich der Luftfahrtindustrie bestand bei einigen Wirtschaftsfunktionären das Bestreben, Einzelverträge von SU-Spezialisten zu kündigen, was zu Unsicherheit und Unzufriedenheit unter diesen Kräften, besonders im Industriewerk Karl-Marx-Stadt, führte. In Zusammenarbeit mit dem ZK der Partei konnten diese Maßnahmen verhindert werden, wodurch ca. 20 - 30 Angehörige der Intelligenz der DDR erhalten blieben.

Unzufriedenheit löst unter Wissenschaftlern und Angehörigen der technischen Intelligenz auch das Verfahren zur Genehmigung von Reisen in befreundete Länder sowie zu Tagungen nach Westdeutschland aus. Dabei ist es jedoch nicht die Tatsache der Genehmigungen solcher Reisen an sich, sondern vielmehr die bürokratische Arbeitsweise der verantwortlichen Organe und die zum Teil unterschiedliche Handhabung des Verfahrens, die Unwillen bei diesen Personenkreisen hervorruft.

Z.B. wurde Mitte Juli 1960 vom VEB Zeiß/Jena bei der VVB die Genehmigung einer Reise des [REDACTED] zur Teilnahme an der Physikertagung in [REDACTED] beantragt.

Die vom Zentralen Amt für Forschung und Technik befürwortete Reise sollte am 15.10.60 beginnen. Nachdem am 13.10.60 noch keine Genehmigung vorlag, hielt [REDACTED] beim Sekretariat des [REDACTED] Rückfrage. Dabei wurde ihm vom persönlichen Referenten

- 33 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
000099

92

- 33 -

[redacted] erklärt, "daß sie sich nicht um jede Westreise kümmern könnten". Die Verzögerung sei durch die Verschleppung der Anträge in der Akademie der Wissenschaften entstanden und im Übrigen sei das Zentrale Amt für Forschung und Technik für die Genehmigung verantwortlich.

Am 14.10.60 teilte die [redacted] jedoch per Fernschreiben mit, daß die Reise genehmigt sei. Allerdings war die [redacted] nicht angewiesen worden, die erforderlichen Westmarkbeträge auszuhändigen, so daß am 15.10.60 erneut Rückfragen notwendig wurden.

Aus der Tatsache, daß jungen Physikern aus den Akademieinstituten diese Schwierigkeiten nicht entstanden, schlußfolgert [redacted] eine unterschiedliche Handhabung des Verfahrens, durch die er sich zurückgesetzt fühlt und sich vorbehalten will, daraus seine "Konsequenzen zu ziehen".

In ähnlicher Weise wurde gegenüber dem [redacted] und dem [redacted] aus dem VEB Zeiss Jena bei einer Reise in befreundete Länder verfahren.

Eine Ursache für die Republikflucht junger Fachkräfte und Angehöriger der techn.-wissenschaftlichen Intelligenz liegt mit darin, daß verschiedene alte Angehörige der Intelligenz auf ihren Funktionen verharren, ohne sie fachlich richtig auszufüllen.

So bewarben sich innerhalb von 2 Monaten 25 Ingenieure aus dem VEB Flugzeugwerk Dresden in der Zentralstelle für Technologie der Elektrotechnik Dresden um Anstellung. Diese Kräfte sind in den Flugzeugwerken vorwiegend in der Konstruktion und Technologie tätig. In ihren Begründungen brachten sie übereinstimmend zum Ausdruck, daß sie in den Flugzeugwerken nicht mehr ausgelastet und auch nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt sind, sondern zu anderen Arbeiten herangezogen werden.

Die Tatsache, daß junge Kräfte noch zu wenig mit wissenschaftlichen Arbeiten beauftragt werden, führte in verschiedenen Fällen bereits schon zu Republikfluchten.

U.a. wurde deswegen auch der [redacted] im [redacted] Institut republikflüchtig.

- 34 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
000100

93

- 34 -

Die Lehrerin an der Mittelschule [REDACTED] [REDACTED], bemühte sich seit 1957 um eine Versetzung in den Kreis [REDACTED] in die Nähe des Wohnortes ihrer [REDACTED], der nicht stattgegeben wurde. Außerdem wurde ihr eine Reise zu ihrer [REDACTED] nach WD abgelehnt. Sie verließ deshalb die DDR.

[REDACTED]  
[REDACTED] hatte Auseinandersetzungen wegen der Bezahlung der Erschwerissatzlage. Dabei wurde ihm angedeutet, daß der Betrieb nicht auf ihn angewiesen sei. Es gäbe genügend Ingenieure, die sofort an seine Stelle treten könnten. Mit ihm wurde [REDACTED]  
[REDACTED], flüchtig.

[REDACTED] vom [REDACTED]  
(gleichzeitig tätig für die [REDACTED] erhielt vom Betriebsleiter ein Schreiben, wo ihm angedroht wurde, daß man seinen Einzelvertrag kündigen wird, wenn er keine exakten wissenschaftlichen Unterlagen erarbeitet. [REDACTED] verließ daraufhin die DDR.

Die leitenden Mitarbeiter der [REDACTED] und [REDACTED] wurden 1960 flüchtig, da in den Aussprachen über ihre ungenügende fachliche Arbeit, die vom Kaderleiter und anderen Wirtschaftsfunktionären mit ihnen geführt wurden, persönliche Diskriminierungen erfolgten.

Dem Hauptreferenten der Abteilung [REDACTED] im Ministerium für [REDACTED] wurde Anfang 1960 durch die Zentrale Kaderabteilung mitgeteilt, daß er wegen seines unmoralischen Verhaltens in eine [REDACTED] versetzt wird. Diese Versetzung erfolgte jedoch nicht sofort, da [REDACTED] mit zur Ausarbeitung der "Ökonomik des Verkehrswesens" herangezogen wurde. Die ihm dabei übertragenen Aufgaben erfüllte er sehr gut, wofür er mit 300,- DM prämiert wurde. Als er danach versetzt werden sollte, verließ er die DDR.

In Eichwalde/Potsdam wurden zur forcierten Bildung von PGH bis Mitte des Jahres solche Methoden angewandt, daß Vertreter der Handwerkskammer und des Rates des Kreises Zossen mit verschiedenen Handwerkern und Geschäftsleuten sprachen, ihnen

- 35 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 35 -

BStU 94  
000101

Fragebogen zur Unterschrift zwecks Eintritt bzw. Bildung einer PGH vorlegten, ohne mit dem zuständigen Bürgermeister oder Ortsparteisekretär zu sprechen. Unter diesen Kreisen des Mittelstandes herrschte darüber Beunruhigung und es kam zu Republikfluchten. Ähnliche Methoden wurden auch in Dresden angewandt.

Im Bezirk Erfurt wurde der Inhaber einer Konservenfabrik mit staatlicher Beteiligung republikflüchtig, da auf Grund einer falschen Begutachtung der Hygiene-Inspektion seine Erzeugnisse als schlechte Ware bezeichnet wurden. Trotzdem der Nachweis erbracht wurde, daß diese Anschuldigungen zu unrecht bestanden, erfolgte keine entsprechende Rehabilitierung.

Innerhalb der Zahnärzteschaft im Bezirk Potsdam traten in letzter Zeit Klagen über den Mitarbeiter im Bundesvorstand des FDGB Gen. F r a n i a auf. Er soll in Gegenwart von Ärzten geäußert haben, "Ihr werdet schon noch einmal auf den Knien vor mir rutschen" und auf Fragen wegen der Altersversorgung erklärt haben, "das werden wir alles schon noch einmal ändern", was die Ärzte im Sinne einer Verschlechterung für sie verstanden. Die Ärzte bezeichnen seine Handlungen als diktatorisch und beklagen sich darüber, daß Gen. F r a n i a ohne kollektive Beratung alles allein entscheidet.

Im Funkwerk Erfurt gibt es besonders unter Angehörigen der Intelligenz Unzufriedenheit, da ihre Hinweise zu Fragen der Planerfüllung ignoriert werden. Die Wirtschaftsfunktionäre wurden deshalb aufgefordert, bei der Plandiskussion sich ihrer Stimme zu enthalten, wodurch der Plan mit allen Mängeln angenommen wurde.

So wird z.B. die Steigerung der Arbeitsproduktivität zum großen Teil durch erhöhte körperliche Leistungen erreicht, was aber Unzufriedenheit nicht nur bei der Intelligenz, sondern auch bei den Arbeitern hervorruft.

- 36 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU  
000102 95

- 36 -

5. Feindzentralen und Organisationen, die sich mit Abwerbung  
befassen und Methoden der Abwerbung

Zu den Zentralen der Abwerbung wissenschaftlich-technischer Kader und anderer Arbeitskräfte aus der DDR gehören nach wie vor die westlichen Geheimdienste. In einer Reihe von Fällen, in denen durch wirksame Maßnahmen die Republikflucht besonders wissenschaftlich-technischer Kader, u.a. aus der Flugzeugindustrie, verhindert werden konnte, wurde der Nachweis erbracht, daß vor allem der amerikanische Geheimdienst und der Bundesnachrichtendienst in der Richtung der Abwerbung von Spezialkräften arbeiten.

Häufig dabei angewandte Methoden sind das Anschreiben durch Agenten, die Aufnahme von Verbindungen zu den in Westberlin oder Westdeutschland wohnhaften Verwandten und Bekannten und das persönliche Ansprechen durch Mitarbeiter des Geheimdienstes auf Tagungen und Konferenzen in Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland.

Der republikflüchtige [REDACTED] hat z.B. im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes mehrere Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der Flugzeugindustrie angeschrieben mit dem Ziel, diese dem Geheimdienst zur An- bzw. Abwerbung zuzuführen. Er brachte u.a. den [REDACTED] in Westberlin und den [REDACTED] [REDACTED] in Westdeutschland mit Mitarbeitern des Geheimdienstes in Verbindung. Die Republikflucht dieser Personen konnte verhindert werden.

Der [REDACTED] aus der Flugzeugindustrie wurde während einer wissenschaftlichen Tagung von dem Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes, [REDACTED] mit dem Ziel der An- und Abwerbung angesprochen. Diese Absichten konnten verhindert werden.

Der Agent des Bundesnachrichtendienstes [REDACTED] forderte verschiedene Mitarbeiter der Flugzeugindustrie auf, die DDR zu verlassen und in Westdeutschland eine Tätigkeit aufzunehmen. Dabei nahm er jeweils persönliche Schwierigkeiten der Personen zum Anlaß. In zwei Fällen hatte er dabei Erfolg.

37

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 37 -

BStU  
000103

96

Bei einer größeren Anzahl von Angehörigen der Intelligenz wurde festgestellt, daß die verschiedenen Geheimdienste Verbindungen zu deren Verwandten in Westdeutschland und Westberlin aufgenommen haben, um über diese die in den verschiedenen Forschungsbereichen tätigen Angehörigen der Intelligenz abzuwerben. Mit Hilfe und durch den Einfluß führender Partei- und Wirtschaftsfunktionäre sowie leitender Angehöriger der Intelligenz konnten diese Versuche der Abwerbung jedoch verhindert werden. So z.B. bei [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und anderen.

Die Agentenzentrale "Freiheitliche Erzieher" in Düsseldorf und ihre westberliner Zweigstelle haben die Abwerbung von Lehrern aus der DDR verstärkt. Zu diesem Zweck und zur Tarnung ihrer Absichten wird die Einstellung republikflüchtiger Lehrer in den westdeutschen Schuldienst von ihrer Entscheidung abhängig gemacht. Im Land Nordrhein-Westfalen ist sogar gesetzlich festgelegt, daß 2 Vertreter der "Freiheitlichen Erzieher" an den Prüfungen für das Studium republikflüchtiger Lehrer teilnehmen müssen, wobei ihre Entscheidung als ausschlaggebend zu werten ist.

Republikflüchtige Lehrer aus der DDR, die durch den Einfluß der Agentenzentrale "Freiheitliche Erzieher" wieder Anstellung als Lehrer finden, werden beauftragt, an Lehrer in der DDR Briefe zu schreiben und diese zur Flucht zu bewegen.

Bei Besuchen von Lehrern aus der DDR in der westberliner Zentrale werden sie durch dessen [REDACTED] zum Verlassen der DDR aufgefordert, wobei ihnen Versprechungen hinsichtlich der Anstellung und Wohnung gemacht werden.

Durch die Beratung republikflüchtiger Lehrer in den sogen. Beratungsstellen in den Flüchtlingslagern wurden umfangreiche Materialien geschaffen über die Schulen und Lehrer in der DDR geschaffen, die als Grundlage für weitere Abwerbungen dienen. Im Lager Marienfelde z.B. wird von republikflüchtigen Lehrern in Fragebögen gefordert, sämtliche Lehrer ihrer Schule anzugeben und zu charakterisieren.

- 38 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU

000104

97

- 38 -

Aus vorliegenden Hinweisen ist ersichtlich, daß auch maßgebende Kreise der Bonner Regierung und der westdeutschen Konzerne in der letzten Zeit die Abwerbung forcieren, mit dem Ziel, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der DDR zu stören.

Dieses Bestreben wird begünstigt durch die gegenwärtige Hochkonjunktur, die dazu führte, daß der westdeutsche Arbeitsmarkt fast völlig erschöpft ist und sich in bestimmten Berufszweigen ein akuter Arbeitskräfteangel besonders bei Facharbeitern bemerkbar macht, der durch verstärkte Abwerbungen aus der DDR beseitigt werden soll.

Im Januar 1960 befaßte sich die "Hauptarbeitsgruppe Soziale Leistungen" im Lemmer-Ministerium mit Maßnahmen, die die Abwerbung und Organisierung der Republikflucht erleichtern sollen. Diese Arbeitsgruppe stellte fest, daß viele Bürger der DDR, vor allem Ältere, das Verlassen der Republik ablehnen, da ihnen die für die Sozialversicherung in der DDR gezahlten Beträge in Westdeutschland nicht voll angerechnet würden. Es wurde deshalb beschlossen, aus Mitteln des Lemmer-Ministeriums Zuschüsse zu zahlen, die den Älteren Personen einen Anreiz zur Flucht bieten. Ihr "höherer Lebensstandard" würde dann jüngere Arbeitskräfte nachziehen.

Die "Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" vermittelt Arbeitskräfte aus der DDR an westdeutsche Betriebe. Die "Zentralstelle für Arbeitsvermittlung" in Frankfurt/M. versucht Bürger der DDR durch Übersenden von Stellenangeboten westdeutscher Unternehmen abzuwerben. So wurde u.a. der im demokratischen Sektor von Berlin wohnhaften [REDACTED] eine Arbeitsstelle als physikalisch-techn. Assistentin bei der Firma [REDACTED] angeboten.

In einigen Fällen wurden Wissenschaftlern und Fachexperten der DDR bei Touristen- und Dienstreisen im kapitalistischen Ausland auch vom Angestellten der westdeutschen Botschaften Abwerbeverschläge unterbreitet.

In Kairo z.B. hat der [REDACTED] zwei Wissenschaftler der DDR, die sich als Touristen dort aufhielten

- 39 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 39 -

BStU  
000105

95

zu einer Party in seine Wohnung eingeladen und dort versucht, sie zur Republikflucht zu überreden.

In London wurde einem dienstlich dort anwesenden Hochfrequenzfachmann der DDR durch einen Angestellten der westdeutschen Botschaft ein Abwerbsangebot unterbreitet.

Im westberliner Senat beschäftigt sich in letzter Zeit der Senator für Arbeit und Sozialwesen Exner besonders mit der Frage der Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR.

Zu diesem Zweck werden Maßnahmen vorgeschlagen, die "Arbeitsbedingungen in Westberlin attraktiver" zu gestalten und den Wohnungsbau zu verstärken, um Arbeitskräften aus der DDR einen "Anreis zu bieten".

Über die Abwerbungsbestrebungen der Konzerne wurden in letzter Zeit folgende Einzelheiten bekannt:

Die Telefunken GmbH beabsichtigt für ihre westberliner Betriebe 500 Arbeitskräfte aus dem demokratischen Berlin und den Randgebieten Berlins abzuwerben. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, wurde jedem Betriebsangehörigen eine Prämie von 50,- DM versprochen, wenn er aus seinem Bekannten- oder Verwandtenkreis im demokratischen Berlin und in der DDR eine Arbeitskraft wirbt.

Die Siemens und Halske AG und die Siemens-Schuckert-Werke versuchen vor allem durch Annoncen in sämtlichen Tageszeitungen Westberlins Arbeitskräfte aus der DDR und dem demokratischen Berlin abzuwerben.

Zur Frühjahrsmesse 1960 in Leipzig wurde am Siemens-Stand in größerem Umfang Prospektmaterial an DDR-Besucher verteilt. In den meisten Fällen wurden die Besucher jedoch ersucht, eine Karte auszufüllen, angeblich, um ihnen später das gewünschte Prospektmaterial zusenden zu können. Bei der Übersendung der Materialien werden die Empfänger aufgefordert, die DDR zu verlassen.

Außerdem unterhält der Siemens-Konzern sehr enge Kontakte zu ehemaligen Betriebsangehörigen in der DDR. Zu diesem Zweck existiert als besondere Gesellschaft die "Siemens-Altersfürsorge GmbH". Diese Gesellschaft verschickt bei besonderen Anlässen, z.B. Goldene Hochzeit, Geburtstag u. dergl. an ehem. Konzernangehörige

- 40 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 40 -

BStU  
000106

99

in der DDR Glückwunschkarten, die häufig mit der Aufforderung verbunden sind, Geschenkpakete in Westberlin abzuholen.

Die Farbwerke Hoechst unterhalten in Westberlin am Steinplatz eine Filiale, zu deren Aufgaben die Abwerbung von Chemiefacharbeitern aus der DDR gehört. Gegenwärtig legt diese Filiale besonderen Wert auf Arbeiter, die mit den Arbeitsmethoden in der Petrochemie vertraut sind. Außerdem richtet sich das Interesse der Farbwerke Hoechst auf Fernmeldeleute, Autogen-Schweißer und ausgebildete Chemielaboranten.

In der Farbenfabrik Bayer-Leverkusen besteht ein sogen. Emigratenausschuß, der sich mit der Abwerbung von Wissenschaftlern aus der DDR beschäftigt. Dieser "Ausschuß" setzt sich aus republikflüchtigen Chemikern zusammen, darunter den ehemaligen Mitarbeitern der [REDACTED] und [REDACTED]. Von diesen Personen wird der Betrieb bei der Gewinnung und Anstellung von Wissenschaftlern aus der DDR "beraten".

Der Salamander-Konzern versuchte während des Besuches einer Sportlerdelegation der DDR in Westdeutschland, Arbeitskräfte abzuwerben. So wurden dem Bereichsleiter des VEB Waggonbau Bautzen, der der Delegation angehörte, von Seiten der Konzernleitung eine Reihe Stellenangebote gemacht und dabei als Leckmittel ein hoher Verdienst und ein Dienstwagen in Aussicht gestellt. Anderen Delegationsmitgliedern wurden ähnliche Angebote unterbreitet.

Die Firma Gründig verschickt an Wissenschaftler und Fachkräfte in der DDR Einladungen zur Betriebsbesichtigung in der Absicht, diese Kräfte abzuwerben. Der Personalchef von Gründig bietet dabei den in Frage kommenden Personen gute Arbeitsmöglichkeiten und einen hohen Verdienst an.

Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG in Obernburg veranlassen die von ihr eingestellten Republikflüchtigen an ihre Verwandten und Bekannte in der DDR zu schreiben und diese zur Republikflucht aufzufordern. Besonderes Interesse besteht an Arbeitkräften aus der gleichen Branche z.B. aus dem Kunstseidenwerk Pirna.

- 41 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 41 -

BStU  
000107

100

Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) versuchte auf den Leipziger Messen Arbeitskräfte abzuwerben. Zu diesem Zweck wurden alle Besucher am Stand des VDI-Verlages in einer besonderen Kartei registriert, um ihnen angeblich Neuerscheinungen des Verlages zuschicken zu können. In Wirklichkeit wird diese Kartei jedoch für Abwerbungszwecke ausgenutzt.

Das Batelle-Institut Frankfurt/Main versucht Wissenschaftler der DDR durch schriftliche Angebote oder auf Tagungen in Westdeutschland ausgesprochene mündliche Angebote abzuwerben.

Eine Gruppe westdeutscher Flugzeugspezialisten, die im Auftrage der ägyptischen Regierung eine Flugzeugwerft in der VAR aufbaut, versucht Angehörige der Intelligenz der Flugzeugindustrie sowie des Instituts für Mess- und Prüftechnik der DDR durch gute finanzielle Angebote abzuwerben, was ihnen nach bisherigen Feststellungen in drei Fällen gelang.

Derartige Bestrebungen wurden auch vom Hamburger Flugzeugbau bekannt, wo sich besonders der ██████████ und der ██████████, ehem. Republikflüchtige, mit der Abwerbung von Fachkräften der Flugzeugindustrie der DDR beschäftigen.

Die Deutsche Binnenreederei in Hamburg fordert durch einen ihrer Vertreter die Binnenschiffer der DDR zum Verlassen der DDR auf.

Der republikflüchtige Schiffsbauer ██████████ versucht in ██████████ vor allem Bootsmänner und Schiffsführer von Schleppkähnen der DDR abzuwerben.

Der BMW-Konzern München versucht Angehörige der Intelligenz der Flugzeugindustrie der DDR abzuwerben. Auch er hatte in zwei Fällen bereits Erfolg.

Von der Degussa-AG und der Firma Brown-Bovary u. Co. wurden schriftliche Abwerbeangebote an wissenschaftliche Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft der DDR gerichtet. Außerdem sind von diesen Firmen Personen beauftragt, bei Tagungen oder Besuchen zum Zwecke der Abwerbung mit Wissenschaftlern der DDR zu sprechen.

- 42 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 49 -

BStU  
000108

101

Das Arbeitsvermittlungsbüro Wi-So-KU (Wissenschaftler, sonstige Berufe und Künstler) in Berlin-Wilmersdorf, Am Breitenbachplatz, befaßt sich ebenfalls mit Abwerbung und vermittelt besonders Spezialisten.

Weitere Institutionen, die bereits Wissenschaftler und Spezialisten der DDR abwarben bzw. abzuwerben versuchten:

- Die Schiffbautechnische Versuchsanstalt in Westberlin,
- das Max-Planck-Institut Westberlin - hier besonders auf dem Gebiet der Chemie,
- das noch im Bau befindliche wissenschaftliche Zentrum in Berlin-Steglitz, das als Gegenobjekt zum Institutsbereich Buch errichtet wird und seinen Bedarf an Wissenschaftlern durch Abwerbungen aus dem Institutsbereich Buch decken will,
- das Forschungszentrum Jülich bei Aachen, wo sich besonders der republikflüchtige [REDACTED] mit der Abwerbung von Wissenschaftlern beschäftigt,
- das biologische Institut in Freiburg/Breisgau, das ebenfalls versucht, Wissenschaftler des Institutsbereiches Buch abzuwerben.

Die Ausnutzung von Tagungen und Konferenzen in Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland zur Abwerbung wird u.a. durch folgende Beispiele bewiesen:

Auf der jährlich in Hamburg stattfindenden Schiffbautechnischen Tagung treffen sich alle republikflüchtigen Schiffbau-Ingenieure und Dipl.-Ing. Dabei wird u.a. über die letzten Republikfluchten von Schiffbauern aus der DDR beraten und erörtert, wer von den republikflüchtigen Schiffbauern noch Verbindungen zu Ingenieuren in der DDR hat und wie diese Kontakte zur Abwerbung ausgenutzt werden können.

Anlässlich der internationalen Konferenz für Messen und Regeln in September 1960 in Stockholm wiesen die vortragenden Referenten aus dem kapitalistischen Ausland darauf hin, daß z.Zt. ein großer Bedarf an Fachkräften auf diesem Gebiet besteht. Dabei

- 43 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

- 43 -

BStU  
000109 102

wurden für Ingenieurpersonal Löhne in Höhe von 1.500.- bis 2.800.- Schweizer Franken bei 5-tägiger Arbeitswoche geboten.

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Augenheilkunde, die vom 26.9. - 30.9.1960 in Berlin-Dahlem im Henry-Ford-Haus stattfand, wurden der überwiegenden Anzahl der teilnehmenden Ärzte aus der DDR durch die Ordinarien der westzonalen Universitäten und durch Chefarzte westzonaler Krankenhäuser Stellenangebote unterbreitet.

Einem Arztelepaar z.B. wurden 2 Oberarztstellen in Lübeck versprochen und außerdem noch zwei weitere Stellenangebote unterbreitet.

Der [REDACTED], der an dieser Tagung teilgenommen hatte, wurde danach mit [REDACTED] republikflüchtig. U.a. wurden auch [REDACTED]

auf solchen Kongressen abgeworben. Die Methoden sind dabei sehr vielseitig, z.B. Ausnutzung persönlicher Kontakte (Verwandte und Bekannte), Wahl von Ärzten der DDR als Vorsitzende der Tagungen und Arbeitskreise, Organisierung von Filmabenden, Treffen republikflüchtiger Ärzte usw.

Auf dem 18. Kongress des Zentralverbandes der Ärzte für Naturheilverfahren in Neuenahr lag z.B. eine Stellenbesetzungsliste freier Arztstellen aus.

Anlässlich des Ärztekongresses im Juni 1960 in Westberlin hatte die pharmazeutische Industrie Westdeutschlands eine groß angelegte Ausstellung organisiert. An den Ausstellungsständen

- 44 -

## Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960

BStU

000110

103

- 44 -

waren teilweise republikflüchtige Ärzte als Erklärer anwesend. Diese teilten besonders Ärzten aus der DDR mit, daß sämtliche Betriebe der pharmazeutischen Industrie Westdeutschlands Versuchslabore eingerichtet haben, in denen eine Vielzahl von Ärzten aller Fachrichtungen, auch ältere Ärzte, dringend benötigt werden, wobei sie bis zu 60,- DM West pro Tag erhalten.

Weiterhin haben auf diesem Kongreß auch höhere Offiziere der Bundeswehr in den Konferenzpausen mit Ärzten aus der DDR gesprochen und unter Bezugnahme auf die Neubauten von Kasernen auf den damit verbundenen Bedarf an Militärärzten hingewiesen.

Gegenwärtig ist außerdem festzustellen, daß verschiedene westdeutsche Fachzeitschriften aktiv bei der Organisierung der Abwerbung von Ärzten, Wissenschaftlern, Ingenieuren und Lehrern in Erscheinung treten. Dabei handelt es sich zumeist um solche Fachzeitschriften, die durch die verschiedensten Kanäle in die Hände der entsprechenden Personenkreise in der DDR gelangen. In Inseraten dieser Zeitschriften werden den genannten Berufsgruppen günstige Stellungen in Westdeutschland angeboten.

Die "Deutsche Medizinische Wochenschrift" veröffentlichte ein Inserat, in dem besonders junge Ärzte mit Vortragstalent für Werbefilmveranstaltungen gesucht werden. Diesen Ärzten wird ein monatliches Einkommen von 5.000,- bis 10.000,- DM zugesichert.

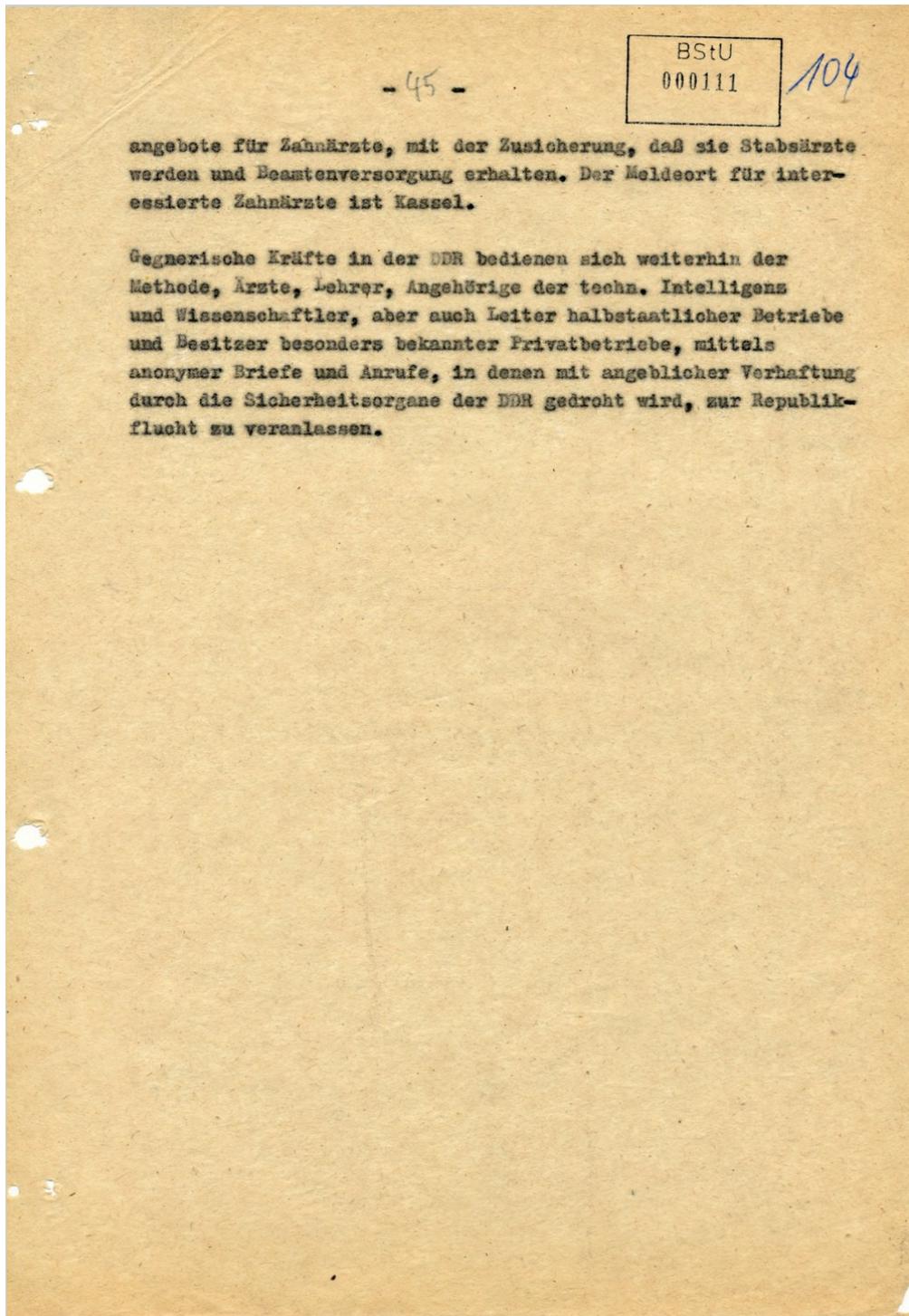
In Westberlin ist es der Ullstein-Verlag, der mit Annoncen in seiner Zeitung "Berliner Morgenpost" Abwerbungen für die Westberliner Konzernbetriebe betreibt. Viele der sich beim Siemens-Konzern bewerbenden Grenzgänger berufen sich auf Anzeigen in dieser Zeitung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß verschiedene westdeutsche Unternehmen wie Friedrich Krupp, Schürfeld & co., Hamburg, Kindler-Verlag, München und die Deutsche Bank AG, Hamburg, sogen. Patenschafts-Abonnements der "Berliner Morgenpost" für Berliner Studenten gestiftet haben. Die Unternehmen stellten die Bedingung, daß bei diesen Abonnements vornehmlich Studenten aus dem demokratischen Berlin und der DDR berücksichtigt werden.

Die Bundeswehr z.B. annonciert in den Zeitschriften Stellen-

- 45 -

Bericht über die Entwicklung der Republikflucht 1960



Signatur: BArch, MfS, AS, Nr. 109/65, Bd. 2, Bl. 67-111

Blatt 111